



DOMOWINA

aktualny staw: 27.08.2024

Wólbne kopolaki Domowiny za wólby krajnego sejma Bramborskeje dnja 22.9.2024 / Wahlprüfsteine der Domowina zu den Landtagswahlen in Brandenburg am 22.9.2024

Zachopjeńk februara 2024 smy ako Domowina zjawnosć napominali, pšašanja na politiske strony zapódaš. Tute smy slědujucym politiskim stronam pósrědnili: SPD, CDU, Zwězk 90 / Zelene, FDP, Lěwica, AfD, BVB / Lichotne wólarje a Zwězk Sahra Wagenknecht.

Pěš stronow jo na wólbne kopolaki Domowiny wótegroniło. Zwězk Sahra Wagenknecht a BVB / Lichotne wólarje njejsu na jednotliwe pšašanja wótegronili, ale město togo generalne stojnišća k serbskim temam wótedali. AfD njejo na našo napšašowanje reagěrowała.

Slědujuce wótegrona smy dostali.

-
- 1. Financěrowanje Założby za serbski lud / Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk**
 - 2. Kubłanje / Bildung**
 - 3. Digitalizacija / Digitalisierung**
 - 4. Medije / Medien**
 - 5. Sedlenski rum Bramborska / Sorbisches Siedlungsgebiet Brandenburg**
 - 6. Dwójorěcność w zjawnosći: skšućenje widobnosći serbšćiny w zjawnosći /
Zweisprachige Lausitz: Stärkung der Sichtbarkeit des Sorbischen in der
Öffentlichkeit**
 - 7. Zgromadne źěło z kšywowym zwězkom Domowina / Zusammenarbeit mit der
Dachorganisation Domowina**
 - 8. Narodne mjeńšyny w Zakładnej kazni / Nationale Minderheiten ins Grundgesetz**



1. Financěrowanje Založby za serbski lud / Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk

Ein neues Finanzierungsabkommen der Stiftung für das sorbische Volk muss unterzeichnet werden. Wir erwarten einen Aufwuchs der Mittel, der die Mindereinnahmen durch Preis- und Lohnsteigerungen ausgleicht, die Digitalisierung der sorbischen Sprachen ermöglicht und sorbische Sprachräume schafft. Wie wollen Sie diese Forderung unterstützen?

SPD

Die SPD Brandenburg bekennt sich zu der Verpflichtung, den außergewöhnlichen Reichtum der sorbisch/wendischen Kultur, Sprache und Bräuche als Teil des immateriellen Kulturerbes zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Seit Jahren trägt die Stiftung für das sorbische Volk dazu bei, dass Sprache und Kultur des sorbischen Volkes lebendig bleiben. Mit Unterzeichnung des 4. Finanzierungsabkommen wird eine jährliche Förderung der Stiftung für das sorbische Volk in Höhe von insgesamt 23.916.000 Euro für die Jahre 2021 bis 2025 bereitgestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass die wertvolle Arbeit der Stiftung auch in Zukunft auskömmlich finanziert ist und dass ein 5. Finanzierungsabkommen den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung trägt.

CDU

Wir setzen uns für ein auskömmliches Finanzierungsabkommen für die Stiftung für das sorbische Volk mit dem Bund und dem Freistaat Sachsen ein. Den Verhandlungen können wir jedoch nicht vorgreifen. Darüber hinaus halten wir den Ansatz, die Förderung der Traditionen und Sprache der Sorben und Wenden und die Strukturhilfe für die Lausitz zusammenzudenken, für sinnvoll.

Zwězk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Die ausreichende Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk betrachten wir als eine unverzichtbare Aufgabe der Länder Brandenburg und Sachsen sowie des Bundes. Die Ausstattung der Stiftung für das sorbische Volk wollen wir dynamisieren und dazu in Gespräche mit dem Bund eintreten, um gestiegene Bedarfe, Tariferhöhungen und Inflation ausgleichen zu können.

Die Digitalisierung der sorbischen/wendischen Sprachen hat eine besondere Bedeutung für ihren Erhalt. Deshalb setzen wir uns für die weitere Förderung der Digitalisierung im Rahmen des neu zu verhandelnden Finanzierungsabkommens ein.

FDP

Solide Staatsfinanzen sind uns enorm wichtig. Trotzdem muss aus unserer Sicht wenigstens ein Aufwuchs der Mittel, der die Mindereinnahmen durch Preis und Lohnsteigerungen ausgleicht, erfolgen.

Lěwica / Die Linke

DIE LINKE hat sich – nicht zum ersten Mal – in ihren fachpolitischen Aussagen zur Landtagswahl für die Stärkung der Stiftung für das sorbische Volk ausgesprochen. Die Stiftung muss unter Berücksichtigung den wachsenden Aufgaben und der Lohn- und Preisentwicklung vom Bund sowie den Ländern Brandenburg und Sachsen finanziell angemessen ausgestattet werden. Es wäre wünschenswert, dass diese Anpassung bereits in den Koalitionsverhandlungen Thema wird und Eingang in den Koalitionsvertrag findet. Ob wir darauf Einfluss haben, hängt auch davon ab, wie viele Sorben/Wenden der LINKEN bei der



DOMOWINA

Landtagswahl ihre Stimme geben. Auf jeden Fall werden wir in der kommenden Wahlperiode im engen Austausch mit der Domowina und dem Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden beim Landtag die notwendigen Initiativen ergreifen. Dass wir an der Seite der Domowina sind, wenn es um die angemessene finanzielle Sicherung der Stiftung geht, dürfte in Ihrer Organisation mindestens seit dem großen Protest der Sorben/Wenden vor dem Brandenburger Tor im Mai 2008 bekannt sein.



2. Kubljanje / Bildung

2 a) Der Mangel an sorbischen/wendischen Lehrern/Erziehern ist ein ernstes Problem für die Weitergabe der niedersorbischen Sprache. Wie sieht Ihr Konzept zur Bekämpfung des bestehenden Lehrkräftemangels aus? (s. § 10 SWG: "An Schulen mit Niedersorbisch als Unterrichtssprache sollen Lehrkräfte eingesetzt werden, die die niedersorbische Sprache beherrschen.")

SPD

Die niedersorbische Sprache gehört zum geistigen und kulturellen Erbe und zur Zukunft Brandenburgs. Die Weitergabe der niedersorbischen Sprache stiftet Identität, stärkt regionale Bindungen und bereichert unser Land. Dennoch wissen wir aus dem „2. Bericht der Landesregierung zur Lage des sorbischen/wendischen Volkes im Land Brandenburg“, dass der Lehrkräftebedarf derzeit nicht mehr vollumfänglich gedeckt werden kann.

Es werden derzeit verschiedene Option geprüft, um eine Verbesserung der Lehrkräfteausbildung zu erreichen. Dabei muss aber auch festgestellt werden, dass eine besondere Herausforderung bei der Ausweitung oder Schaffung zusätzlicher Angebote neben finanziellen Fragen vor allem die kaum verfügbaren potenziellen Lehrkräfte für die universitäre niedersorbische Sprachausbildung ist. Im Übrigen gilt auch hier, dass Brandenburg wie alle Bundesländer große Anstrengungen unternimmt, um überhaupt genug neue Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen. Dessen ungeachtet bleibt die Gewinnung von sorbischen/wendischen Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern unser Auftrag, den wir mit aller Kraft angehen.

CDU

Der Lehrkräftemangel schlägt sich gegenwärtig, wenngleich in quantitativ unterschiedlicher Ausprägung, in allen Fächern nieder. Dies ist kein spezifisch brandenburgisches Problem, sondern eine bundesweite Herausforderung. Vor diesem Hintergrund bedarf es grundsätzlich einer an den tatsächlichen Bedarfen orientierten Lehrkräfteausbildung. Grundlagen hierfür sind eine ausreichende Anzahl an Studienplätzen an allen lehrkräfteausbildenden Hochschulorten im Land, eine deutlich verringerte Abbruchquote sowie attraktive Studienbedingungen, die auch eine hohe Praxisorientierung berücksichtigen. Über Bausteine wie eine Lehrkräfte- Werbekampagne, einem professionellen Recruiting, der Fortsetzung des Landes- Freiwilligenprogramms „FSJ Schule“, der Ausweitung und Weiterentwicklung des „Brandenburg-Stipendiums für Landlehrerinnen und Landlehrer“ sowie Mentoring- Programme für interessierte Schülerinnen und Schüler wollen wir für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums werben und dabei auch auf die vielfältigen Regionen des Landes und damit verbundenen Möglichkeiten hinweisen. Die genannten Bausteine können und müssen auch für die Suche nach Lehrkräften für den Unterricht an Schulen mit sorbischen/wendischen (Sprach-)Schwerpunkten adaptiert werden.

Zwëzk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Den Lehrkräftemangel und Erzieher*innenmangel an sorbischen/wendischen Schulen und KiTas sehen wir mit großer Sorge. Sie bleiben wesentliche Gegenstände des Landesplans zur Stärkung der niedersorbischen Sprache und des von uns erstrittenen Mehrsprachigkeitskonzepts. Wir unterstützen die Etablierung eines Lehramtsstudiums Sorbisch/Wendisch an der BTU. Denn die Zahl der Absolvent*innen des Lehramtsstudiums für Sorbisch/Wendisch am Institut für Sorabistik der Universität Leipzig sowie die in den Vorbereitungsdienst bzw. den Schuldienst des Landes Eintretenden reicht zur Kompensation der in den Ruhestand wechselnden Lehrkräfte nicht aus. Auch das Ergebnis der Prüfung einer Kooperation mit der Universität Potsdam steht noch aus. Wir würden ein zwischen allen drei Hochschulstandorten abgestimmtes Konzept befürworten, auch angesichts der engen Kapazitäten an zur Verfügung stehenden Dozent*innen.

Im Rahmen der Weiterbildung brauchen Lehrkräfte und Seiteneinsteiger*innen ein praktikables, an ihren Arbeitsalltag angepasstes Angebot an Sorbisch/Wendischkursen. Wir



werden das Landlehrkräftestipendium weiterführen, dass sich insbesondere auch für Lehrkräfte für Sorbisch/Wendisch anbietet.

Wir unterstützen das grundständige Angebot zur Ausbildung von Erzieher*innen mit sorbischen/wendischen Sprachanteilen am OSZ Cottbus/Chóšebuz und setzen uns für den Ausbau von Weiterbildungsmaßnahmen ein, um mehr Erzieher*innen mit Sorbischen/Wendischen Sprachkenntnissen zu gewinnen. Umso mehr Kinder schon im Kitaalter mit Sorbisch/Wendisch in Berührung kommen, umso größer die Chance, dass langfristig über den weiteren Bildungsweg auch die Nachwuchsförderung für Erzieher*innen und Lehrkräfte gelingen wird.

FDP

Im § 10 SWG hat sich das Land verpflichtet Lehrkräfte, die der Niedersorbischen Sprache fähig sind im Sorbischunterricht einzusetzen. Leider hat man sich bei der Ausbildung bis heute komplett auf Sachsen verlassen. Daher fordern wir schon seit langem die Etablierung eines Lehramtsstudiums Sorbisch/Wendisch an der B TU Cottbus Senftenberg.

Lěwica / Die Linke

Ausreichend gutes Personal in Schulen und Kitas und der Ausbau von Studien- und Ausbildungsplätzen sind zentrale Forderungen der LINKEN in ihrem Wahlprogramm. DIE LINKE steht seit langem für die Schaffung von Strukturen für die Ausbildung und Weiterbildung von Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern, die am akuten Bedarf orientiert sind. Allein die Ausbildung von Lehrkräften am Institut für Sorabistik in Leipzig reicht nicht aus. Gebraucht wird vor allem die Etablierung einer Ausbildung für Sorbisch/Wendisch-Lehrkräften für Grundschulen an der BTU Cottbus-Senftenberg sowie für den Sekundarbereich an der Universität Potsdam, ergänzt durch mehr und wirksamere Werbung für diese Berufe durch das Land. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern mit Sprachqualifikation sollte landesseitig unterstützt werden.

Eine unverzichtbare Verantwortung für die Werbung von künftigen Lehrkräften bzw. Erzieherinnen und Erziehern liegt allerdings auch bei der sorbischen/wendischen Community – sie muss breit erläutern, welche Bedeutung die Vermittlung der niedersorbischen Sprache durch Kita und Schule für künftige Generationen und damit für die Zukunft des Volkes in der Niederlausitz hat. „Rěc jo wažna!“ - ist vor allem ein Auftrag an die Sorben/Wenden und ihre Organisationen, junge Leute zu motivieren und fördern, damit sie den anspruchsvollen, aber auch schönen Beruf einer Lehrerin oder eines Erziehers ergreifen.

2 b) Wie möchten Sie die Integrierung und Etablierung eines Lehramtsstudiums Sorbisch/Wendisch an der BTU Cottbus-Senftenberg unterstützen?

SPD

Die Gewinnung von Lehrkräften für den Sorbisch/Wendisch-Unterricht bleibt ein wichtiger Auftrag. Gemeinsam mit verschiedenen Akteuren arbeiten wir daran, Studierende für ein Lehramtsstudium Sorbisch/Wendisch zu gewinnen und die bestehenden Lehrkräfte an unseren Schulen weiterzubilden. Um die Lehrkräfteausbildung zu verbessern, prüfen wir verschiedene Option. Dazu zählt auch die Schaffung eines Lehramtsstudiums Sorbisch/Wendisch an der BTU Cottbus-Senftenberg. Um Synergieeffekte zu heben, könnte eine Ausbildung von Lehrkräften gegebenenfalls auch in Kooperation mit einer anderen Hochschule erfolgen.



CDU

Es ist wichtig für die Sorben/Wenden, ihre Sprache auch zu lehren. Deshalb ist es wichtig, vorausschauend zu agieren und bezüglich der Bildung unserer Kinder frühzeitig sicherzustellen, dass entsprechende Angebote vorhanden sind. Wir stehen der Idee offen gegenüber, Studienangebote zum Thema Sorbisch/Wendisch anzubieten. Wie genau dies umgesetzt werden kann, bedarf des Austauschs mit der Sorben/Wenden-Gemeinschaft, der BTU oder anderen Hochschulen und der Politik. Der Erhalt der niedersorbischen Sprache ist für die CDU Brandenburg ein wichtiges Anliegen. Dementsprechend befürworten wir jegliche Maßnahmen, die dazu beitragen können.

Zwězk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Wir begrüßen nachdrücklich die Etablierung des sorbischen/wendischen Lehramtsstudiums an der BTU. Als ersten Schritt unterstützen wir die Ausbildung zum Grundschullehramt Sorbisch/Wendisch im Rahmen des neuen Grundschullehramtsstudiums am BTU-Standort Senftenberg als Brücke zwischen dem WITAJ-Sprachzentrum und dem Niedersorbischen Gymnasium Cottbus. Dabei halten wir die auskömmliche Finanzierung und die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Vollzeitstellen für wichtig. Hilfreich für die Umsetzung ist die Einbeziehung vorhandener Ressourcen, z.B. an den Universitäten Leipzig (Sorabistik) oder Potsdam (Slavistik) und die Einbeziehung der sorbischen/wendischen Schülerschaft und Elternschaft.

FDP

Siehe Antwort auf Frage 2a).

Lěwica / Die Linke

Siehe Antwort auf Frage 2a).



3. Digitalizacija / Digitalisierung

Die niedersorbische Sprache in digitalen Plattformen (Google, Apple, Facebook etc.) soll für eine gleichberechtigte Nutzung als Kommunikations-, Informations- und Datenverarbeitungssprache adäquat eingesetzt werden. Sorbisch/Wendisch ist jedoch für diese Plattformen nicht rentabel. Wie möchten Sie dieses Anliegen vertreten?

SPD

Für die SPD Brandenburg ist die Förderung der niedersorbischen Sprache in digitalen Medien ein wichtiges Anliegen. Zwar ist für die großen digitalen Plattformbetreiber die Rentabilität ein wichtiger Faktor, zugleich haben sie aber auch eine dominierende Stellung auf dem Markt, die sie besonders verpflichtet. Das umfasst auch die Sicherung der sprachlichen Kulturschätze. Die Präsenz der niedersorbischen Sprache in den digitalen Medien erfordert intensive Bemühungen und intensives Werben, um sie auf eine annähernd gleichwertige Stufe mit anderen Sprachen zu stellen. Es wird dabei nicht die eine Lösung geben. Im Großen und Ganzen bedarf es einer gemeinsamen Verantwortung, diese Sprache zu unterstützen, damit diese in den digitalen Medien angemessen Berücksichtigung findet.

CDU

Die CDU Brandenburg bedauert, dass digitale Plattformen die sorbisch/wendische Kommunikation nicht unterstützen. Es ist jedoch schwierig, private Anbieter zur Bereitstellung der niedersorbischen Sprache zu verpflichten. Daher sollte geprüft werden, welche finanziellen Mittel erforderlich sind, um Niedersorbisch für digitale Anbieter rentabel zu gestalten. Sobald diese Mittel ermittelt sind, sind wir offen für die Diskussion über ein Förderprogramm zur Unterstützung digitaler niedersorbischer Angebote.

Zwězk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Wenn digitale Plattformen externe Zuarbeit ermöglichen, möchten wir die Programmierung von sorbischen/wendischen Inhalten finanziell unterstützen. Beispiele: Kartendienste, Spracherkennung, Rechtschreibprüfung, Systemsprachen. Wir möchten die Rahmenbedingungen für die Ausschreibung staatlich genutzter Software so anpassen, dass die niedersorbische/wendische Sprache in den Produkten integriert sein muss, um entsprechende Anreize für die Anbieter zu schaffen. Wir wollen wo möglich auf Bundes- und EU-Ebene Einfluss nehmen, um Software-Unternehmen zur vermehrten Einbindung kleiner Sprachen zu motivieren und uns an der Erarbeitung entsprechender Richtlinien beteiligen.

FDP

Wichtig ist es das Gespräch mit den großen Technologiekonzernen zu suchen. Auch deutsche Übersetzungstools wie DeepL bieten bisher noch nicht Sorbisch/Wendisch an. Verpflichten kann man diese Privatunternehmen jedoch nicht.

Lěwica / Die Linke

Auf konkrete unternehmerische Entscheidungen kann die Politik kaum Einfluss nehmen, es sei denn, bei direkten Gesprächen mit diesen Unternehmen. Diese Gespräche sind aber vor allem bei den weltweit agierenden Unternehmen eher selten Sache von Landtagsabgeordneten. Insoweit kann die Landespolitik Rahmenbedingungen schaffen, die die Verwendung von Sorbisch/Wendisch durch diese Unternehmen erleichtern, etwa auch durch eine angemessene Stiftungsfinanzierung (siehe Antwort auf Frage 1). Unterschätzt werden sollte aber auch nicht, dass die Niedersorbisch Sprechenden selbst Unternehmensentscheidungen befördern können, z.B. indem Sorben/Wenden die niedersorbische Sprache vermehrt in den Plattformen verwenden.



4. Medije / Medien

4 a) Wir benötigen eine garantierte Finanzierung des niedersorbischsprachigen Bedarfs im linearen und nonlinearen Angebot (Hörfunk, TV, online, social media) im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), um sorbische/wendische Sprachräume zu bewahren. Wie stehen Sie zu angestrebten Kürzungen im Bereich des ÖRR und deren mögliche Auswirkungen auf das niedersorbische Angebot des rbb?

SPD

Für die SPD ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur Information und Kultur, sondern er hat in der deutschen Medienlandschaft eine zentrale Rolle für Demokratie und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dieser Verantwortung muss er gerecht werden. Mit der Neufassung des rbb-Staatsvertrages haben wir gemeinsam mit Berlin die Konsequenzen aus den Vorkommnissen beim rbb gezogen. Es braucht eine finanziell stabile und regional verankerte Rundfunkanstalt, die die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt der Länder Berlin und Brandenburg abbildet. Im Landtag Brandenburg wird die Brandenburg-SPD nicht müde, gerade die regionale Verankerung und die kulturelle Vielfalt in der Brandenburg-Berichterstattung immer wieder einzufordern.

CDU

Wir haben keinerlei Kenntnis davon, dass das niedersorbische Angebot im rbb aufgrund von Kürzungen eingeschränkt werden soll. Mit der Novellierung des rbb-Staatsvertrages haben wir den Sender zu mehr Regionalisierung verpflichtet, was auch der Absicherung des niedersorbischen Angebots dient. Aufgrund der verfassungsrechtlich garantierten Medienfreiheit kann die Politik dem rbb keine programmlichen Vorgaben machen. Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass die Folgen der Misswirtschaft des Senders nicht zur Reduzierung der Programmvielfalt führen.

Sollte sich wider Erwarten abzeichnen, dass der rbb einseitig Einsparungen zu Lasten des niedersorbischen Programms vornehmen will, verstehen wir uns als Partner des Vertreters der Sorben und Wenden im Rundfunkrat – dem Organ des rbb, das am Ende tatsächlich über das Programm zu entscheiden hat –, wenn es darum geht, unverhältnismäßige Kürzungen abzuweisen.

Zwězk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Die möglichen Kürzungen beim rbb sind zum einen auf die Misswirtschaft der früheren Intendantin Schlesinger zurückzuführen und zum anderen der mangelnden Bereitschaft einiger Länder und leider auch des Ministerpräsidenten Woidke geschuldet, einem Vorschlag der KEF zur Erhöhung der Rundfunkgebühren zu folgen, was wir sehr bedauern. Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung des ÖRR ein, damit er seinen umfangreichen Aufgaben nachkommen kann. Dazu gehört z. B. gemäß § 12 Absatz 1 SWG im Rundfunkprogramm der sorbischen/wendischen Kultur und Sprache angemessen Rechnung zu tragen. Zwar ist im rbb-Staatvertrag geregelt, dass die Angebote des rbb der regionalen Vielfalt der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Sprache und Kultur des sorbischen/wendischen Volkes Rechnung tragen. Die Ausgestaltung dieses Grundsatzes und ob dieses Angebot als „angemessen“ anzusehen ist, obliegt dem rbb im Rahmen der Medien- und Rundfunkfreiheit. Die Staatsferne gebietet, dass die Politik sich aus der konkreten Programmgestaltung möglichst mit Empfehlungen zurückhalten sollte.

Das inhaltliche Kontrollorgan des rbb ist der Rundfunkrat. Mitglied im Rundfunkrat zur Wahrung der Interessen der Sorben/Wenden ist ein Mitglied der Dachverbände sorbischer/wendischer Verbände und Vereine im Land Brandenburg. Dieses Mitglied könnte sich im Rahmen seiner Kontrollaufgaben für einen höheren sorbisch/wendisch-sprachigen Sendeanteil in Hörfunk und Fernsehen einschließlich des non-linearen und des digitalen



Angebots einsetzen. Die Brandenburger Grünen verfügen selbst über kein Mitglied im rbb-Rundfunkrat. Sollte sich dies ändern, könnte dieses Mitglied das Anliegen unterstützen. Darüber hinaus empfehlen wir der Domowina dazu das direkte Gespräch mit dem rbb zu suchen.

FDP

Wir setzen uns klar für eine Fokussierung des öffentlich rechtlichen Rundfunks auf die Kernaufgaben und damit verbunden auch auf eine Reduktion des Rundfunkbeitrages ein. Den Erhalt und die Förderung der Minderheitensprachen, wie Sorbisch/Wendisch, zählt für uns aber klar zu den Kernaufgaben des öffentlich rechtlichen Rundfunks. Die mediale Präsenz sollte in dem Zuge überprüft und gegebenenfalls ausgeweitet werden.

Lëwica / Die Linke

Trotz Nachfrage bei Akteurinnen und Akteuren, die in diesem Bereich tätig sind, konnte unsererseits nicht verifiziert werden, dass im rbb Kürzungen geplant sind, die das niedersorbische Programm betreffen. Dass die Finanzsituation des Senders – nach den Skandalen – dennoch nicht rosig ist, ist allerdings auch eine Tatsache.

Vor diesem Hintergrund möchten wir Folgendes feststellen: DIE LINKE setzt sich für die Beibehaltung der solidarischen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) ein, damit dieser seinen Auftrag weiter erfüllen kann, und zwar in jedem Medium und auf jeder Plattform. Mit dem in der Verhandlung befindlichen Reformstaatsvertrag sollen die Grundlagen für die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geschaffen werden; es muss um inhaltliche und strukturelle Reformen gehen, die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz seitens der Bürgerinnen und Bürger schaffen und sichern. Mit der Überarbeitung des rbb-Staatsvertrages, der am 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, wurden Schlussfolgerungen aus den Vorfällen der vergangenen Jahre gezogen und wichtige Ergebnisse des Untersuchungsausschusses bereits gesetzgeberisch umgesetzt. Wir wollen mit beiden Staatsverträgen sichern, dass ein qualitativ hochwertiges Programmangebot, unabhängiger Journalismus, eine effiziente Verwendung der Mittel sowie der wirtschaftliche, sparsame und transparent dargestellte Umgang mit Beitragsgeldern, sowohl für die staatliche Rechtsaufsicht als auch für die Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität haben und die Grundlage für Beitragsstabilität darstellt. Das schließt selbstverständlich die Sicherung des niedersorbischen Angebots des rbb ein.

4 b) Für die Sichtbarkeit und die Anerkennung des Niedersorbischen ist dessen mediale Präsenz in den „Mehrheitsmedien“ notwendig. 30 Minuten Fernsehen im Monat sind zu wenig. Welche Möglichkeiten der Erweiterung sehen Sie? (s. auch § 12 SWG)

SPD

Ein wesentlicher Faktor der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung ist die verfassungsrechtlich garantierte Rundfunkfreiheit. Der Rundfunk genießt dabei institutionelle Eigenständigkeit. Für die SPD ist es wichtig, dass die Rundfunkanstalten das Niedersorbische in ihren Programmangeboten angemessen berücksichtigen. Dafür werden wir weiter werben. Weitergehende inhaltliche Anforderungen könnten schnell die verfassungsrechtlich gewährleistete Programmautonomie verletzen.

CDU

Wir sind eher skeptisch hinsichtlich der Wirkung des linearen Angebots, das sich in Minuten quantifizieren lässt. Mehr Angebot zu schaffen, heißt bei den analogen Medien noch lange nicht,



dass diese überhaupt zur Kenntnis genommen werden. Aus unserer Sicht liegt eine größere Chance für das Niedersorbische in der Ausweitung des digitalen Angebots. Dafür haben wir uns bei der Überarbeitung des Medienstaatsvertrages der Länder eingesetzt. Er verpflichtet den öffentlich-rechtlichen Rundfunk jetzt zu diesem Zukunftsschritt, damit die Sender nicht den Anschluss an das sich wandelnde Medienkonsumverhalten jüngerer Menschen verlieren.

Zwězk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Sorbische/wendische Identität und Kultur verdienen mehr Präsenz in der brandenburgischen Öffentlichkeit. Uns ist die Sichtbarkeit der Sorben und Wenden in Brandenburg wichtig. Wir wollen einen weiteren Ausbau der öffentlichen Zweisprachigkeit und die Ausweitung der

Kampagne „Sorbisch? Na klar“ auf Brandenburg, damit überall über die sorbischen/wendischen Wurzeln Brandenburgs und die gelebte Zweisprachigkeit informiert wird. Wir wollen sorbisches/wendisches Filmschaffen unterstützen.

Die Brandenburger Grünen verfügen selbst über kein Mitglied im rbb-Rundfunkrat. Sollte sich dies ändern, wird sich dieses Mitglied für eine stärkere Präsenz sorbisch-/wendischsprachiger Inhalte, z.B. Musik und Film, im deutschsprachigen Programm des rbb einsetzen. Darüber hinaus empfehlen wir der Domowina dazu das direkte Gespräch mit dem rbb und anderen Medien zu suchen.

FDP

Siehe Antwort auf Frage 4a).

Lěwica / Die Linke

Brandenburg hat seit der Gründung des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg 1992 die Verpflichtung im Staatsvertrag zu stehen, dass sorbische/wendische Belange bei der Programmplanung zu berücksichtigen sind. Seit rd. 30 Jahren ist ein Vertreter des sorbischen/wendischen Volkes Mitglied im Rundfunkrat, er kann damit an der Umsetzung des Programmgrundsatzes aktiv mitwirken. Damit wurden schon in den 90er Jahren wesentliche Rahmenbedingungen geschaffen. Auf solche Rahmenbedingungen muss sich das Parlament auch beschränken, denn es gilt die Rundfunkfreiheit nach dem Grundgesetz. In diesem Sinne haben wir als DIE LINKE im Rahmen der Diskussion über den Medienstaatsvertrag und den rbb-Staatsvertrag darauf hingewirkt, die Vielfalt der Medienlandschaft zu erhalten und auszubauen. Wir werden uns auch in Zukunft für eine Stärkung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) einsetzen, die mit Förderprogrammen bereits heute die technische Ausstattung von Programmanbietern unterstützt. Wir erarbeiten einen Maßnahmenplan zum Erhalt von Regionalzeitungen, inklusive der finanziellen Förderung des Vertriebs. Um die Medienvielfalt auf lokaler, regionaler und landesweiter Ebene zu stärken und staatsfern wie kriterienbasiert zu fördern, werden wir Journalismusförderungsprogramme erarbeiten sowie eine befristete Anschubfinanzierung ermöglichen und Online-Journalismus sowie nicht-kommerzielle Angebote besser unterstützen. So schaffen wir Voraussetzungen für eine vielfältigere Berichterstattung.



5. Sedlenski rum Bramborska / Sorbisches Siedlungsgebiet Brandenburg

Viele Sorben/Wenden in Brandenburg sind nicht zufrieden mit den Urteilen des Verwaltungsgerichts Cottbus/Chóšebuz zur Zugehörigkeit der Gemeinden zum sorbischen/wendischen Siedlungsgebiet. Wie wollen Sie damit umgehen?

SPD

Mit Verweis auf das Sorben/Wenden-Gesetz wurde festgelegt, dass „Gemeindeteile in den Landkreisen Dahme-Spreewald und Spree-Neiße als angestammtes Siedlungsgebiet gelten, wenn eine kontinuierliche sprachliche oder kulturelle Tradition bis zur Gegenwart nachweisbar ist“. Die Zugehörigkeit von Gemeindeteilen zum angestammten Siedlungsgebiet der Sorben und Wenden wird anhand bestimmter Kriterien (wie sprachliche und kulturelle Tradition, Kontinuität der sorbischen oder wendischen Präsenz oder Selbstidentifikation) festgestellt. Wir bedauern, dass die Frage der Zugehörigkeit zum sorbischen/wendischen Siedlungsgebiet Gegenstand gerichtlicher Entscheidungen geworden ist. Zu einigen der von Ihnen angesprochenen Urteile laufen noch Verfahren mit dem Ziel der Zulassung zum Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Insoweit gilt es zunächst den Ausgang dieser Verfahren abzuwarten.

CDU

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Cottbus ist bedauerlich, weil es vor allem einen schweren Schlag für jene bedeutet, die sich mit viel Herzblut ehrenamtlich für die historische Rekonstruktion des angestammten Siedlungsgebietes eingesetzt und aktiv in den Gemeinden dafür geworben haben. Dennoch respektieren wir die Entscheidung der Gerichte. Denn auch das gehört zum Rechtsstaat: Er gilt auch dann, wenn uns eine Entscheidung nicht gefällt. Ein Zusammenleben wäre ohne feste Regeln nicht möglich. Aus unserer Sicht ist das Gerichtsurteil eher ein Grund, weiter für das Anliegen der Sorben und Wenden zu werben und dafür vielleicht auch neue Ansätze zu entwickeln.

Zwězk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Seit 2017 waren bedauerlicher Weise 10 Klagen von Gemeinden gegen die Zugehörigkeit zum sorbischen/wendischen Siedlungsgebiet vor Gericht anhängig. Bezüglich der gefällten Urteile zu Felixsee/Felikswy Jazor (SPN), Märkische Heide/Markojska Góla (LDS), Neiße-Malxetal (SPN), Neuhausen/Spree/Kopańce/Sprjewja (SPN), Schenkendöbern/Derbno (SPN) und Schwielochsee/Gójacki Jazor (LDS) wurden seitens des beklagten Landes und des zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren beigeladenen Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden (RASW) Anträge auf Berufungszulassung beim Oberverwaltungsgericht gestellt, so dass diese Urteile noch nicht rechtskräftig sind. Ziel ist es, einen gemeindlichen Flickenteppich bezüglich der Zugehörigkeit zu vermeiden. Dieses Vorgehen der Landesregierung und des RASW unterstützen Bündnis 90/Die Grünen auch hinsichtlich weiterer ausstehender Klagen ausdrücklich.

FDP

Aus unserer Sicht gibt es in Brandenburg bei dem Thema der sorbischen/wendischen Siedlungsgebiete einen Geburtsfehler. Der sächsische Weg per Gesetz bedingungslos zu beschließen, wo das Siedlungsgebiet liegt, scheint uns viel diskriminierungsfreier und einfacher. Seit Jahrzehnten, auch schon vor der Novellierung, streiten sich Sorben/Wenden vor Gerichten gegen Verwaltungen um ihr Siedlungsgebiet. Das ist ein diskriminierender und nicht haltbarer Zustand.

Lěwica / Die Linke

Wir kennen diese Unzufriedenheit. Dennoch sind die Urteile, soweit sie mittlerweile rechtskräftig geworden sind, zu respektieren. Es hilft auch nichts, heute zu beklagen, dass der Landtag bei der Novellierung des Sorben/Wenden-Gesetzes hätte anders entscheiden können ... Ja, in das Sorben/Wenden-Gesetz hätte eine feste Liste der zum angestammten Siedlungsgebiet



der Sorben/Wenden gehörenden Gemeinden Eingang finden können – analog dem Freistaat Sachsen. Aber: Dafür gab es damals keine – durch Landtagswahl 2009 legitimierte - politische Mehrheit. Zu mehr war unser damaliger Koalitionspartner SPD nicht bereit!

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus den Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Cottbus/Chóšebuz muss zudem festgestellt werden: Auch im Falle einer Liste hätten die gleichen Gemeinden mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls geklagt, nur dann gegen ihre Aufnahme in die Liste.

Eines der Probleme in den Verfahren war, dass die wechselvolle Geschichte vieler sorbischer/wendischer Gemeinden in der Niederlausitz noch unzureichend dokumentiert ist – vieles musste unter hohem persönlichem und zeitlichem Aufwand im Zuge der bereits laufenden Verfahren zusammengetragen werden. Dieses Defizit abzubauen, sollte mittel- und langfristig ein wesentlicher Punkt für die Arbeit des Sorbischen Instituts, aber auch von anderen Einrichtungen, Institutionen sowie Vereinen sein.

Wir begrüßen, dass der Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden beim Landtag und nachfolgend auch die Landesregierung für mehrere Verfahren einen Antrag beim Berlin-Brandenburger Obergericht auf Zulassung einer Beschwerde gestellt haben. Auch wir verbinden damit die Hoffnung, dass Entscheidungen der ersten Instanz im Einzelfall keinen Bestand haben werden. Dies gilt es aber abzuwarten, ehe der Gesetzgeber Änderungen am Sorben/Wenden-Gesetz in Angriff nimmt.

Wir hoffen sehr darauf, dass die Domowina zusammen mit ihren Partnern nunmehr mit aller Kraft daran geht, das Sorbische/Wendische besonders in den Gemeinden und Ortsteilen zu stärken, die wieder zum angestammten Siedlungsgebiet zählen. Diesen Prozess werden wir als DIE LINKE gern unterstützen.



**6. Dwójořećność w zjawnośći: skšušenje widobnośći serbšćiny w zjawnośći /
Zweisprachige Lausitz: Stärkung der Sichtbarkeit des Sorbischen in der
Öffentlichkeit**

Öffentliche Gebäude, Einrichtungen, Straßen, Wege, Plätze, Brücken und Ortstafeln im angestammten Siedlungsgebiet sowie Hinweisschilder hierauf sind in deutscher und niedersorbischer Sprache zu kennzeichnen. Wie soll dies Ihrer Meinung nach umgesetzt werden? (s. § 11 (1) SWG)

SPD

-

CDU

Einer Umsetzung der zweisprachigen Ausschilderung steht aus unserer Sicht nichts entgegen. Es sind dafür Mittel des Landes eingestellt. Die Entscheidung darüber trifft am Ende jedoch jede Gemeinde für sich. Siehe auch die Antwort zu Frage 7.

Zwězk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Wir unterstützen nachdrücklich die vollständige zweisprachige Kennzeichnung im angestammten Siedlungsgebiet und dorthin weisende Beschilderungen. Hilfreich ist die Einführung amtlich zweisprachiger (doppelsprachiger) Ortsbezeichnungen.

FDP

Auch wir stellen regelmäßig mit Verwunderung fest, dass die Umsetzung der zweisprachigen Ausschilderung noch immer nicht erfolgt ist. Eine Stichtagsregelung für die finale Umsetzung scheint hier geboten.

Lěwica / Die Linke

Die Verantwortung für die Umsetzung von § 11 Absatz 1 liegt vor allem bei den Kommunen, die dafür auf der Grundlage der Kostenerstattungsregelung auch einen finanziellen Ausgleich vom Land bekommen. Das diesbezügliche Bild im angestammten Siedlungsgebiet ist durchaus unterschiedlich. Sowohl unter den Kommunen, die seit den 90er Jahren fester Bestandteil des angestammten Siedlungsgebietes sind, als auch unter den neu hinzugekommenen haben viele eine durchaus vorbildliche Beschriftung vor allem der Straßen, aber auch von Rathäusern sowie anderen kommunalen Gebäuden und Einrichtungen. Es gibt aber auch Kommunen, in denen die Beschriftung sehr zu wünschen übriglässt. Da das Sorben/Wenden-Gesetz nur Anreize für aktives Handeln, aber keinen Sanktionsmechanismus bei Nichterfüllung der Rechtsnorm vorsieht, hilft nur das Gespräch mit den Kommunen, zuständigen Landesämtern und im Hinblick auf die Autobahnen mit dem Bund. Es muss dafür geworben werden, dass das Sorbische/Wendische nicht nur ein sorbisches/wendisches Recht, sondern auch eine Bereicherung im Ortsbild und im Leben der Kommune darstellt und als Mehrwert bei der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft erkannt und gelebt wird. Wirksam erscheint uns, vor Ort mit den kommunalen Vertretungen und Verwaltungen ins Gespräch zu kommen. Gemeinsam könnte dies insbesondere im Zusammenwirken zwischen den zuständigen Landesministerien, der Domowina Niederlausitz und den Sorben/Wenden-Bbeauftragten erfolgen, die das Land seit 2018 in den Landkreisen Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße/Sprjewja-Nysa und der kreisfreien Stadt Cottbus/Chóšebuz finanziert.



7. Zgromadne žěło z kšywowym zwězkom Domowina / Zusammenarbeit mit der Dachorganisation Domowina

Eine enge Zusammenarbeit mit allen Landtagsfraktionen, welche sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, ist uns wichtig. Wie stehen Sie zur Zusammenarbeit mit der Domowina als Dachverband und Interessenvertretung der Sorben/Wenden laut § 4a SWG?

SPD

-

CDU

Wir möchten die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Domowina auch in Zukunft fortsetzen. Wir verstehen uns dabei als Partner, der die Anliegen nicht direkt vertritt – das ist Aufgabe der Dachverbände der Sorben und Wenden –, sondern als Vermittler und kritisch-konstruktiver Unterstützer, der an der Lösung von Problemen mitwirkt.

Zwězk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Wir achten das sorbische/wendische Volk in seiner Eigenschaft als nationale Minderheit und als einen besonderen Teil Brandenburgs.

Die politische sorbische/wendische Partizipation wird im allgemeinpolitischen Raum auf allen Ebenen über den sorbischen/wendischen Dachverband Domowina sowie im parlamentarischen Bereich auf Landesebene durch den Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden (RASW) gewährleistet. Diesen sehen wir als das höchste politische Gremium der Sorben/Wenden in Brandenburg an. Die Stärkung der bestehenden sorbischen/wendischen Institutionen unterstützen wir. Zugleich sehen wir, dass sie nicht von allen Sorb*innen/Wend*innen als ausreichende Vertretung wahrgenommen wird und möchten hierzu gern ins Gespräch kommen.

FDP

Die Domowina ist für uns der erste Ansprechpartner für die Belange der Sorben/Wenden.

Lěwica / Die Linke

Wir stehen dieser Zusammenarbeit nicht nur positiv gegenüber, sondern betrachten sie als wesentliche Bedingung dafür, dass sorbische/wendische Belange in der Landespolitik zum Tragen kommen. Das war schon in den 90er Jahren so, als sich im Wendischen Haus auf Einladung des damaligen Geschäftsführers der Niederlausitzer Domowina Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktionen trafen, um gemeinsam den Entwurf für ein Brandenburger Sorben/Wenden-Gesetz zu erarbeiten. Und auch bei dessen Neufassung 2014 gab es im Vorfeld eine enge Abstimmung. Wir würden uns sehr wünschen, wenn Regionalverband und Bundesvorstand der Domowina wieder häufiger das direkte Gespräch zu politischen Anliegen der Sorben/Wenden mit den Fraktionen suchen und sich auch in die Arbeit des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden aktiver einbringen würden.



8. Narodne mjeńšyny w Zakładnej kazni / Nationale Minderheiten ins Grundgesetz

Unterstützen Sie die Bemühungen um die Verankerung eines Minderheitenartikels für die vier nationalen Minderheiten im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland?

SPD

-

CDU

Neben der dänischen Minderheit, der Volksgruppe der Friesen, der nationalen Minderheit der Sinti und Roma gehören auch die Sorben zu den vier in Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten, die einen besonderen rechtlichen Status innehaben. Dieser Status wird durch verschiedene, seitens der Bundesrepublik eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen flankiert. Ferner hat das sorbisch/wendische Volk über den Artikel 25 der Verfassung des Landes Brandenburg Verfassungsrang. Aus Sicht der CDU Brandenburg werden die Minderheitenrechte hierdurch zunächst in ausreichender Weise garantiert. Eine Änderung des Grundgesetzes, die über den Sinngehalt des bestehenden Artikels 3 hinausgeht, müsste sehr genau auf einen Mehrwert hin geprüft werden, der über reine Symbolpolitik hinausgeht.

Zwězk 90/Zelene / Bündnis 90/Grünen

Wir haben die Minority SafePack Initiative zur Stärkung der Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität sowie Namensführung in der EU unterstützt. Wir sind stolz darauf, dass das Recht des sorbischen/wendischen Volkes auf Schutz, Erhaltung und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten Siedlungsgebietes in der Landesverfassung ausdrücklich festgeschrieben ist.

Die Entscheidung über eine Aufnahme der vier nationalen Minderheiten ins Grundgesetz unterliegt nicht allein der Landesebene. In mehreren bündnisgrünen Landesverbänden gibt es unterstützende Stimmen für die Aufnahme autochthoner Minderheiten in das Grundgesetz. Eine abschließende Meinungsfindung hierzu auch in Abstimmung mit allen vier nationalen Minderheiten steht in Brandenburg und auf Bundesebene noch aus.

FDP

Das Grundgesetz wird nicht besser umso mehr man sprachlich ergänzt, was rechtlich schon inkludiert ist. Das Diskriminierungsverbot nach Art. 3 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes schließt die Angehörigen der Minderheiten ein. Der Gleichheitsgrundsatz und das Diskriminierungsverbot binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht (entsprechend Art. 1 Abs. 3 Grundgesetz). Der Mehrwert eines separaten Minderheitenartikels überzeugt uns bisher nicht. Wichtiger ist uns die Durchsetzung dieses Rechtes. Hier gibt es definitiv noch Nachholbedarf.

Lěwica / Die Linke

Ja, vorbehaltlos. Die damalige PDS hat das bereits zu Beginn der 90er Jahre getan, als die Diskussionen über eine grundlegende Überarbeitung des Grundgesetzes infolge der Herstellung der deutschen Einheit liefen. Auch danach war ein Grundgesetzartikel regelmäßig eine Forderung in den Bundestagswahlprogrammen der PDS und danach der Partei DIE LINKE. Die Forderung nach der Schaffung bundespolitischer Rahmenbedingungen für die in Deutschland lebenden autochthonen Minderheiten, die in einen Grundgesetzartikel münden muss, ist ein Grundsatz des Erfurter Programms der Partei DIE LINKE (2011). In Brandenburg hat DIE LINKE sich 2019 gegenüber ihrem sozialdemokratischen Koalitionspartner dafür stark gemacht, dass Brandenburg die Bundesratsinitiative der Länder Sachsen und Schleswig-Holstein für einen Grundgesetzartikel unterstützt. Leider haben offensichtlich alle drei Länder in den vergangenen fünf Jahren nichts getan, um diese „ruhende“ Initiative aus dem Tiefschlaf zu erwecken. Wir unterstützen eine Wiederaufnahme der Bundesratsinitiative.



**Stellungnahmen der Parteien (ohne auf einzelne Wahlprüfsteine einzugehen):
Stojnišća k serbskim temam (bžez togo, až se z jadnotliwymi wólbnyimi kopolakami zaběraju):**

Lichotne wólarje / Freie Wähler

Wir möchten uns im Landtag für die Förderung der sorbischen/wendischen Kultur in der Lausitz einsetzen. Es ist uns ein Anliegen, dass sorbische/wendische Vereine, Verbände und Institutionen mehr Unterstützung erhalten, um ihre wertvolle Arbeit fortzusetzen.

Geplante Projekte und Veranstaltungen der sorbischen/wendischen Gemeinschaften sollten mehr Unterstützung erfahren, um ihre Durchführung und Wirkung zu verbessern. Zudem möchten wir verstärkt sprachliche und kulturelle Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, um das Wissen und die Traditionen der Sorben/Wenden lebendig zu halten.

Ein Schutzstatus für das angestammte Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden sollte eingeführt werden, um ihre Kultur und Sprache zu bewahren. Es ist wichtig, alte Bräuche und Traditionen wie Zapust, Osterfeuer, Maibaum, Erntedankfest mit Kokot oder Hahnrupfen wieder attraktiver zu gestalten und sie vor Bürokratie und Reglementierungen zu schützen.

Beschilderungen, amtliche Veröffentlichungen, Fernseh- und Rundfunkbeiträge sowie spezielle Bücher und Zeitschriften sollten weiterhin in Sorbisch oder zweisprachig dargestellt und gesendet werden. Diese Maßnahmen sollten sogar noch erweitert werden, um die Sichtbarkeit und Anerkennung der sorbischen/wendischen Kultur zu fördern.

In den Kitas und später an den Schulen sollte es Kindern freiwillig ermöglicht werden, ihre Heimatsprache und die kulturellen Bräuche kennen zu lernen. Diese fakultativen Angebote tragen wesentlich dazu bei, das kulturelle Erbe lebendig zu halten und weiterzugeben.

Zwězk Sahra Wagenknecht / Bündnis Sahra Wagenknecht

Strona pokazuje na wólbny program za wólbny krajnego sejma 2024. / Die Partei verweist auf das Wahlprogramm zur Landtagswahl 2024.

Auszug aus dem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2024, Seite 19:

9. Sorben und Wenden

Die im Land Brandenburg lebenden Sorben/Wenden sind eine von vier anerkannten autochthonen Minderheiten bzw. Volksgruppen in Deutschland.

Die Brandenburger Landesverfassung garantiert den Schutz und die Förderung der sorbischen/wendischen Sprache und Kultur sowie die wirksame politische Mitgestaltung des sorbischen/wendischen Volkes.

Die existierenden Einrichtungen der sorbischen/wendischen Sprach- und Kulturpflege werden über die Stiftung für das sorbische Volk finanziert, die Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland, des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg erhält.

Die Fortführung der Finanzierungen mindestens im jetzigen Umfang wird von uns zugesichert.

Die demokratische Berücksichtigung der Interessen der Sorben und Wenden ist im Land eine gelebte Tradition. Der auf der Grundlage des Sorben/Wenden-Gesetzes des Landes Brandenburg analog zur Landtagswahlperiode zu wählende Rat für Angelegenheiten der Sorben und Wenden wird durch die Sorben/Wenden in freier und geheimer Wahl gewählt und



wirkt auf Grundlage der Geschäftsordnung des Landtages an der parlamentarischen Arbeit mit.

Auch das Bündnis Saha Wagenknecht unterstützt das sorbisch/wendisch-deutsche Miteinander. Angesichts der auch durch die UNESCO festgestellten Bedrohungslage der niedersorbischen/wendischen Sprache und Kultur sprechen wir uns für eine von einem hohen Grad an Eigenverantwortlichkeit und Eigenbestimmung getragene Kultur- und Bildungsautonomie aus. Ebenso unterstützen wir das zivilgesellschaftliche Engagement der Sorben und Wenden in ihren Vereinen und Verbänden.

Darüber hinaus bekennt sich das BSW zum Schutz und zur Förderung der auch in Brandenburg heimischen Regionalsprache Niederdeutsch (Plattdeutsch), die keiner definierten nationalen Minderheit zuzuordnen ist.

Unsere Ziele:

- Förderung der Sprache und Kultur der Sorben und Wenden durch langfristige Garantie der Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk.
- Dauerhafte Gewährleistung der sorbischen/wendischen Kultur- und Bildungsautonomie.
- Etablierung einer Lehrerausbildung für die niedersorbische/wendische Sprache im Land Brandenburg.